

Entschließung

betreffend Maßnahmen gegen Spekulationen mit Agrarrohstoffen

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, auf EU-Ebene und im Rahmen der Mitgestaltungsmöglichkeiten auf internationaler Ebene folgende Positionen zu vertreten:

- Verbesserung der Regulierung, der Funktion und der Transparenz der Finanz- und Warenmärkte, um weltweite Spekulation mit Lebensmittelgütern und damit die Verstärkung der exzessiven Volatilität der Preise von (landwirtschaftlichen) Primärerzeugnissen einzudämmen;
- Festlegung von Definitionen für Kategorien von Händlern an Warenterminbörsen;
- die Einrichtung einer internationalen Regulierungsstelle;
- Besteuerung der Spekulation mit Agrarrohstoffen mit einer europäischen bzw. internationalen Finanztransaktionssteuer;
- Sicherstellung der Ernährungssouveränität, nachhaltiger Lebensmittelversorgungssysteme und einer guten Lebensmittelqualität.